

Im Falle unregelmäßiger Postzustellung... 2,50 M. durch die Post... 2,25 M. auswärts... Bestellungen werden von allen Reichs-Postämtern angenommen...

Verantwortlicher Schriftleiter... Dr. 1140... Dr. 1133

Werden die 6 getragenen... oder deren Raum mit 80 Hg. berechnet und in unseren Anzeigenschriften...

Schicht täglich poenal... Sonntags und Montags einmal

Schreibleitung und Haupt-Schäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Saale-Beitung.

Achtundvierzigster Jahrgang.

Nr. 267.

Halle, Donnerstag, den 11. Juni

1914.

Konopischt und Köstendische.

(Von unserer Berliner Redaktion.)

Kaiser Wilhelm wird am 12. und 13. Juni wiederum als Gast in dem böhmischen Jagdschloß des Erzherzog-Thronfolgers Konopischt weilen. Daß nur wenige Wintermonate seit seiner letzten Anwesenheit dabeist verstrichen sind...

Ein besonderes Relief erhält nun der diesjährige Konopischer Besuch dadurch, daß Staatssekretär der Marine von Tirpitz seinen Monarchen begleitet. Auch das soll feierliche politische Bedeutung haben...

Die Nachricht, daß auch König Gustav von Schweden sich zu diesen Konopischer Besprechungen als Dritter gesellen werde, wird sehr demotiert. Bei der Nähe Karlsbads...

deutsche Politik suchen sollte, würden wir Deutschen das mit Freuden begrüßen, und unser österreichischer Verbündeter auch gewiß keine Einwendungen gegen Sonderverpflichtungen erheben...

Die anderen sind nicht so zartfühlend. Daß der Zar genau in diesen gleichen Tagen seinen Besuch des rumänischen Bodens veranlaßt, erscheint förmlich wie eine Gegenleistung gegen die Konopischer. Seitdem mitten im Balkantriede die Erinnerung von Wien aufgeführt, König Carl der russische Marschallstab überandt wurde...

Deutsches Reich.

Kaiser Wilhelm und der Fürst von Albanien.

Die „Nord. Allg. Ztg.“ erklärt an erster Stelle: Ein ausländisches Blatt will aus diplomatischen Kreisen wissen, Seine Majestät der König von Rumänien habe sich persönlich an Seine Majestät der Kaiser und König gewandt...

Wir sind ermächtigt, festzustellen, daß diese Angaben erfinden sind. Es ist nichts Derartiges geschehen.

Ebenso wird von offiziöser Seite erklärt:

„Die Nachricht, Kaiser Wilhelm habe die durch den Hofmarschall des Fürsten von Albanien angeblich erbetene militärische Unterstützung zugesagt und der Entsendung eines Teiles der in Stutari befindlichen deutschen Truppenabteilung nach Durazzo zugestimmt, entspricht nicht den Tatsachen.“

Konjervative und Sozialdemokraten.

Auch die sächsischen Konjervativen gefallen sich vortreff-

lich im weißen Anschuldskleide. Nimmt einmal ein Liberaler, wie jetzt in Stendal-Dierburg, der Nationalliberalen loslademodernistische Stichworte an, so jammern sie, daß ein „Verbrechen am Vaterlande“ geschehen sei...

In ausgedehnter Weise stimmten damals am Stichworte, um liberale Kandidaten um den Sieg zu bringen, die konfessionellen Wähler für die Sozialdemokratie in den städtischen Wahlkreisen Dresden 1, 3 und 6, Leipzig 1 und 5, Freiberg, Döbeln, Wadersheim, Frankenberg, Wittweida, Goldschmieda, Borna-Burgau, Jüdicau-Marienberg, Zwickau und Auerbach...

Das weiße Anschuldskleid der sächsischen Konjervativen trägt also sehr viele rote Flecke.

Reichstagsabgeordneter Peter F. Wittmann fröhlich ist in Neuhaus (Provinz Ostpreußen) der Reichstagsabgeordnete Detlev Peter (Zentrum) nach schwerem Leiden an Nieren- und Lungenleiden gestorben.

Ein miniges Pfaffen auf die Zentrumswunde hat der Papst (Pius XI.) und hochverehrt berufen die Zentrumspfräfer darüber. In der Absichtsbildung des neuen Münchener Kardinals v. Bettinger beim Papst wurden diesem von dem Kardinal mehrere Zentrumspfräfer, u. a. die bayerischen Abgeordneten Frank und Held, vorgelegt.

Die Revision der Bundesratsverordnung über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 3. Februar 1910 ist eingeleitet worden. Es handelt sich im wesentlichen um eine Verbesserung der für die Ausbildung der Kraftwagenführer geltenden Vorschriften.

Unternehmungen sei. Jetzt, wo seitdem zehn Tage verfloßen und die großen Verstärkungen eingetroffen waren, hielt es ihn nicht länger. Da General d'Arrelle de Padana noch immer einen Aufschub verlangte, um seinen Truppen erst noch mehr Zeitgewinn zu geben, sagte er dem unheilvollen Entschluß, die Leitung der Operationen selbst in die Hand zu nehmen.

Feuilleton.

Der große Entsatzversuch für Paris.)

Der 24. November ließ die Zweifel darüber schwinden, daß die Deutschen bei Orleans eine starke französische Armee in sorgfältig verstanzter Stellung vor sich hätten. Vom Archyrum von Fitzroyers sah man höchstens ausgedehnte Feuerwehne in der Richtung dorthin vor sich, deren Anblick die bisher für patriotische Hebertreibungen gehaltenen Nachrichten bestätigte.

Selbst die höchsten deutschen Annahmen von der Stärke des Feindes, die auf 100-150.000 Mann hinauskiefen, unterschätzten den Gegner noch bedeutend. Gambetta hatte seit Coumiers in unermüdlicher Tätigkeit die Loirearmee über jedes Erwarten verstärkt. Wir wissen schon, daß er an ihren rechten Flügel das 20. Korps Crouyat, das nicht weniger als 40.000 Mann zählte, herangerufen hatte.

*) Aus dem Werte „Am Zeitalter Kaiser Wilhelms des Siegreichen“ von Feldmarschall Colmar v. d. Goltz. (Verlag Georg v. d. Goltz, Berlin.)

Die Loirearmee über jedes Erwarten verstärkt. Wir wissen schon, daß er an ihren rechten Flügel das 20. Korps Crouyat, das nicht weniger als 40.000 Mann zählte, herangerufen hatte. Auch das 18. traf ebendort ein. Auf dem linken Flügel war das 17. in seiner Zusammenziehung vollständig. Das 15. und 16. bildete die Mitte.

In Paris bereitete sich ein großer Ausfall vor. Eine Neueinteilung der Kräfte der Hauptstadt sah drei Armeen, von denen die 2. die schlagfertigsten Truppen enthielt und von General Duroc geführt wurde. Dieser sagte den Plan, Ende November einen Durchbruch auf der Südseite zu versuchen. In derselben Richtung mußte ihm die Entsatzarmee entgegengehen, um die schwachen deutschen Kräfte zwischen zwei Feuer zu nehmen.

Diese Lage beweist, wie sehr Prinz Friedrich Karl recht gehabt hatte. Nur mit etwa 40.000 Mann war er eingetroffen, verhältnismäßig stark an Artillerie und Kavallerie. Aber diese beiden Waffen konnten bei einem Angriff in dem bedeckten Gelände vor Orleans nur wenig mitwirken. Die schlagkräftige, kriegserprobte Infanterie wiederum war an Zahl zu schwach, um diestellungen des Feindes ohne ihre Unterstützung nehmen zu können.

Anders gestalteten sich die Dinge, wenn der Feind aus dem Walde in das offene Gelände gegen Paris hinausstrat und seinerseits angriff. Dann hätten die Deutschen freies Feld für die Verwendung aller drei Waffen, und ihre größere Manövrierefähigkeit kam zur Geltung. Einmal aber mußten die Franzosen vorwärts gehen, wenn anders ihre Rüstungen einen Zweck haben sollten.

Gambetta drängte längst dazu. Schon nach dem Erfolge von Coumiers hatte er die allgemeine Offensive gewünscht, sich aber am 12. November bei einem Besuche der Loirearmee davon überzeugt, daß diese noch unfähig zu weitgehenden

Unternehmungen sei. Jetzt, wo seitdem zehn Tage verfloßen und die großen Verstärkungen eingetroffen waren, hielt es ihn nicht länger. Da General d'Arrelle de Padana noch immer einen Aufschub verlangte, um seinen Truppen erst noch mehr Zeitgewinn zu geben, sagte er dem unheilvollen Entschluß, die Leitung der Operationen selbst in die Hand zu nehmen. Wer die Dinge rein äußerlich ansieht, begreift den jungen Diktators Ungeduld. Die Streitkräfte in Paris besaßen sich bereits auf 400.000 Mann; die an der Loire wurden auf 223.000 heraufgezogen, 40.000 waren im Norden verfügbar; an der Eure hand ein in der Bildung begriffenes Korps unter General Briand. Wenn solche Heeresmassen, von französischem Elan getragen, gemeinsam gegen die Hauptstadt vordrängen, schien der Erfolg nicht ausbleiben zu können. Uebersehichte man die numerische Stärke der deutschen Truppen auf französischer Seite tatsächlich auch bei weitem, so hielt man sie doch immerhin für noch schwächer, daß es leicht schien, sie zu erdrücken. Es fehlte den alten ägypischen Generationen aus der Kaiserzeit nur der Entschluß, um den großen Streik mit einem gewaltigen Schläge zu enden.

So hekteten sich die Dinge der Phantale Gambettas und seines Bekanten de Freincent dar. Sie überließen das einfache, nichterne Sindersis, das sich dem tühnen Fluge ihrer Entwürfe entgegenstellte, den Mangel an Mannesstolz und Manövrierefähigkeit so zahlreicher, trisch zusammengestaffelter Heeresmassen.

Gefährlich genug war freilich die Lage für die Deutschen. Die große Krisis im Feldzuge gegen die Republik trat frühe ein, als es irgend jemand erwartet hatte. Die Armee von Paris war durch den Feind, den sie eingeschlossen hielt, gefesselt. Im Norden kam General v. Manteuffel eben erst heran, aber nur mit dem 8. und einer Division des 1. Armeekorps. Die 75.000 Mann, welche die 11. Armee, vereint mit den Truppen des Großherzogs zählte, stellten die Hauptstreitkräfte dar, die verfügbar war, um den Entsatz von Paris fernzuhalten — wenig genug, um zur Vorhst zu

Ein Konkurrenzkaufgesetz für technische Angelegenheiten? Nach den Erklärungen, die von maßgebender Stelle bei den Beratungen des Konkurrenzkaufgesetzes für kaufmännische Angelegenheiten abgegeben sind, besteht bei der Reichsregierung die Absicht, die Frage auch für die technischen Angelegenheiten zu regeln. Es ist jedoch nicht zuzufinden, wenn behauptet wird, daß mit den Vorarbeiten hierzu schon im gegenwärtigen Zeitpunkt begonnen wäre. Die Frage der Konkurrenzkauf hat für die technischen Angelegenheiten eine wesentlich andere Bedeutung wie für die kaufmännischen. Es ist deshalb, auch umständlich, das vom Reichstage beschlossene Gesetz für die kaufmännischen Angelegenheiten einfach auf die Techniker zu übertragen. Es wird erforderlich sein, aus den beteiligten Kreisen Vertreter über die für eine gesetzliche Regelung vorhandenen Wünsche zu hören.

Deutschland und nordamerikanische Konkurrenz. Die nordamerikanische Konkurrenz in Argentinien wird in dem neuesten Heft der „Mitteilungen“ des Deutsch-Argentinischen Zentralverbandes besprochen, und es wird betont, daß den mannigfachen Streitigkeiten der Union, ihren wirtschaftlichen Einflüssen in Südamerika und besonders auch in Argentinien auszuweichen, Handel und Industrie Deutschlands auf die Dauer nicht teilnahmslos zusehen sollten, um so weniger, als jene Konkurrenz sich in erster Linie gegen die deutschen Erzeugnisse richtet.

Es wird weiter gesagt: Woher ist es Deutschland bisher gelungen, seinen Platz im allgemeinen zu behaupten, doch läßt sich nicht verkennen, daß die nordamerikanische Art der billigen und leichten Massenerzeugung eine große Gefahr bedeutet. Dazu kommt, daß bei der mit Sicherheit zu erwartenden weiteren Zunahme der Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte Argentiniens nach der Union letztere höchstwahrscheinlich den Versuch machen werde, auch von Argentinien handelspolitische Sonderrechte zu erlangen, wie dies in Brasilien bereits gescheit ist. Wenn auch Deutschland in den Urteilen, bei denen es auf Güte des Materials und Sorgfalt der Ausführung antwortet, auf die Dauer keinen Wettbewerbs zu fürchten habe, so werde doch die rege Tätigkeit der Nordamerikaner in Argentinien mit Aufmerksamkeit zu verfolgen und nach Mitteln zu suchen, um sie in ihrer Wirkung abzuschwächen oder zu unterbrechen.

Die Vorbereitungen über die Frage der Veranstaltung einer Kleinhandelsausstellung, die am Dienstag im Reichstagsgebäude stattfanden, wurden am Mittwoch im Reichstagsamt des Innern im engeren Kreise der Regierungsvertreter fortgesetzt. Den Verhandlungen am Dienstag hatte eine große Zahl von Kommissaren der Verbündeten Regierungen, mehrere Mitglieder des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, Vertreter des Deutschen Handelsbundes und großer Detailistenverbände sowie sonstige Sachverständige beigewohnt. Den Vorsitz führte Ministerialdirektor Galpar in Vertretung des Staatssekretärs Delbrück, der durch die gleichzeitige Sitzung der Vorkommnisse-Kommission am Erscheinen verhindert war. Voraussetzlich werden nach der Mittwoch-Konferenz im Reichstagsamt des Innern die Teilnehmer an der Dienstag-Versammlung noch einmal zusammenberufen werden.

Die sächsische Regierung hat die von den Rabattparlamenten geforderte Erhöhung von Kleinhandelskammern in Uebereinstimmung mit den Gewerbetreibenden und Handelskammern abgelehnt.

Der Vorstand der Württembergischen Vereinigung zur Abwehr der Ueberflutung des Anwaltsstandes hat eine Petition an das Reichsjustizamt gerichtet auf Einführung einer Barzeit und von drei Jahren für Advokaten, die Rechtsanwältin werden wollen. Die Barzeit soll für Praktikanten ausfallen auf zwei, für diejenigen, welche das Advokatenexamen mit Auszeichnung bestanden, auf ein Jahr ermäßigt werden.

Turnunterricht in der Fortbildungsschule. Der Jungdeutschlandbund und der Zentralausschuß für Rolk- und Jugendspiele haben bekanntlich an die Bundesregierungen die Eingabe gerichtet, den Turnunterricht als Pflicht an allen Fortbildungsschulen einzuführen. Der Deutsche Handwerks- und Gewerbetreibendenverband hat sich mit dieser Eingabe beschäftigt und große Bedenken gegen die Forderung der genannten Verbände geäußert. Nach einer Ansicht vertrat der Verband der gewerblichen Fortbildungsschulen keine Befürwortung mit neuen Vorgehensweisen, und eine Vermehrung der Stunden sei ebenfalls unzulässig. Der Kammertag lehnte deshalb in seiner letzten Aussschüttung die Einführung des Turnunterrichtes als Pflicht ab, sprach sich jedoch für die Abgabe des Turnens der gewerblichen Lehrlinge in geeigneten Vereinen ohne Anwendung von Zwang aus.

maßnahmen. Das Land ringsumher war überdies in Aufruhr gegen die Deutschen.

In Gambettas Entwürfen scheint die Ansicht eines trübsamen Abenteuerers, Kapitän Zilvide, eine gewisse Rolle gespielt zu haben, der am 24. November bei Labon-Maillères fiel. Deutsche Soldaten fanden bei ihm einen Empfehlungsbrief Gambettas an General Crouzet, dem Oberbefehlshaber der Division, der den Schlüsselpunkt der nächsten Operationen bezeichnet wurde. Die große französische Offensivoffensive sollte am Voing abwärts über Remours und Malesherbes eingeleitet werden, der Ausfall von Paris geradezu wegs entgegen. Dort konnte man dieser nicht nur am besten die Hand reichen, sondern trennte zugleich die Deutschen von ihren Verbindungen mit der Heimat. Sie sollten nicht bloß gefolgt, sondern vernichtet werden. Am Voing entlang war zudem die Eisenbahn am längsten zu benutzen, und dessen bedurften die noch schwerfälligen Heere.

Mitte und linker Flügel der Vortruppsarmee sollten sich der Offensivoffensive über Bithuniers und Louzy anschließen.

Ein napoleonischer Plan, aber ohne napoleonische Truppen und Energie für Führer!

Paris hat Hunger und ruft uns! war Gambettas Parole. Er zögerte nicht länger. Spannende Tage folgten. General Burelle wurde aufgeführt, mit dem 15. Korps von Orleans auf Bithuniers, mit dem 20. auf Beaune-la-Rolande, mit dem 18. rechts daneben vorgezogen — der Witterung hat Fontainebleau als nächstes Ziel. Burelle machte Einwendungen gegen das voreilige Herausströmen ins freie Gelände. Prinz Friedrich Karls Name übte seinen Zauber auf ihn; er konnte sich diesen gefährdeten Heerführer nicht anders als an der Spitze von mindestens 80 000 Mann denken. Gambetta wurde unwillig; niemand wußte, wie lange sich Paris noch halten könne. Ein Sieg nach dem Fall der Sauvignat hätte keinen Wert mehr. Am 26. November erhielt, über Burelles Kopf hinweg, General Crouzet den Befehl, zunächst mit dem 18. und 19. Korps allein vorzugehen. Damit war die Bestimmung in die Führung der Armee hineingetragen, der Keim für die Niederlage gelegt.

Kof- und Personalnachrichten.

Die Reichsdispositionen des Kaisers. Nach den vorläufigen Festsetzungen wird, wie verlautet, der Kaiser Freitag, 19. Juni, am frühen Vormittag in Hannover ein- und am Laufe des Vormittags die Ausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft besuchen, wo u. a. Wettspiele der Landjugend stattfinden. Nachmittags besichtigt der Kaiser die Festschmuckung für Sonntag, 20. Juni, frühmorgens ist die Besichtigung des Königsanzenregiments in Aussicht genommen; dann fährt der Kaiser im Automobil nach Hamburg, wo er etwa um 2 Uhr eintreffen dürfte, um sich auf der dem Sankt-Pauli-Landungsbrücken liegenden Yacht „Hohenoller“ einzufinden. Nachmittags 5 Uhr findet auf der Yacht von Blohm u. Wöb der Stapellauf des für die Hamburg-Amerika-Linie gebauten dritten Riesen dampfers der Imperatorklasse statt, dem der Kaiser selbst bis her nicht bestimmten Namen geben wird. Sonntag, 21. d. M., besucht der Kaiser die Gartenbauausstellung in Altona, um dann dem Aquile-Viktoria-Tagdinner an der Harner Rennbahn beizuwohnen. Montag, 22., fährt der Kaiser nach einem Frühstück bei Generaldirektor Dr. Rasch mit dem „Hohenoller“ nach Brunsbüttel. Dienstag, 23., ist die Besichtigung des Norddeutschen Regiments, Vereins auf der Unterelbe mit anschließendem Festmahl an Bord der Dampfschiff „Victoria Luise“. Mittwoch, 24., fährt der Kaiser durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal nach Höttenau, wo um 1 Uhr 30 Min. nachmittags aus Anlaß der Vollendung der Erweiterungsarbeiten eine größere Feierlichkeit stattfindet. Zur Freitag, 26. d. M., abends, ist eine Jubelzug der zur Dimpelfeier in Kiel verammelten Veteranen in Aussicht genommen.

Wirkl. Geh. Rat v. Nolitz, der frühere Vizepräsident der Oberrechnungskammer, ist Mittwoch morgen in Potsdam im Alter von 80 Jahren gestorben. Gregenz Ostar v. Nolitz hat fast 30 Jahre hindurch der Oberrechnungskammer angehört. Er war als Professor und Regierungsrat bei der Regierung in Breslau tätig, wurde dann Oberpräsident in Kiel und kam 1876 in gleicher Eigenschaft nach Hannover, 1877 kam er als Vizepräsident an die Oberrechnungskammer, bei der er bald darauf Vortragsender Rat wurde. 1891 rückte er zum Direktor und 1906 zum Vizepräsidenten auf. Seit 1907 lebte er im Ruhestand.

Unsere Post-Abonnenten

welche die Saale-Zeitung nach ihrem Sommeraufenthaltsorte regelmäßig zu erhalten wünschen, belieben wie folgt zu verfahren:

1. Bei Reisen mit einem Aufenthalt von über 10 Tagen an einem Orte innerhalb Deutschlands und Österreich-Ungarns ist die Ueberweisung nach dem neuen Aufenthaltsorte mindestens 3 Tage vor der Abreise bei dem Postamte ihres Wohnortes zu beantragen. Als Ueberweisungsgebühr ist folgende zu entrichten:
 - nach Orten innerhalb Deutschlands 5 Pfg., nach Orten in Österreich-Ungarn 10 Pfg.
- Die Ueberweisung der durch die Post bezogenen Zeitung kann auch für mehrere Orte hintereinander zugleich beantragt werden. Die näheren Bedingungen hierüber sind bei der Postanstalt des Wohnortes zu erfragen.
- Die Ueberweisungsgebühren nach dem ursprünglichen Bestimmungsorte sollen einige Tage vor der Abreise bei dem Postamte des Sommeraufenthaltsortes beantragen, sie erfolgen kostenfrei.
2. Bei Reisen mit wechselndem Aufenthalt oder von kürzerer Dauer als 10 Tagen innerhalb Deutschlands und Österreich-Ungarns ist bei Reisen in das Ausland sowie bei unserer Geschäftsstelle die tägliche Zustellung des Blattes durch Kreuzband voranzulassen. (Posto, Unkosten und Zug innerhalb Deutschlands und Österreich-Ungarns täglich 15 Pfg., nach dem Auslande täglich 20 Pfg.)

Bezugs-Abteilung der Saale-Zeitung.

Sempredor 1153.

Ausland.

Blutige Streikunruhen in Italien.

Rein Generalstreik der Eisenbahner. In zahlreichen Industriezentren Italiens hat der Generalstreik zu Unruhen geführt, die einen noch größeren Umfang hatten, als nach den ersten Nachrichten vermutet werden konnte. Da eine scharfe Zensur in Italien herrscht, treffen die Depeschen hierüber teilweise mit Verzögerung in Deutschland ein.

Die Zahl der in Mailand verwundeten Soldaten und Polizisten wird auf 40 angegeben. 12 verwundete Demonstranten wurden in die Krankenhäuser gebracht. Dienstagabend dauerten die Unruhen, besonders in den Außenquartieren, an. Nach den letzten Nachrichten waren die Unruhen in Turin sehr ausgebreitet. Es gab zwei Tote und sehr viele Verwundete. Von den Truppen und der Polizei sind 25 verwundet worden, darunter ein Polizeilientenant lebensgefährlich. Die Eisenbahnen wurden unter militärischer Schutz gestellt. Erste Aufschörungen wurden auch aus Bologna, Florenz und Venedig gemeldet. In Porto Santa bei Ancona (Provinz Bologna) wurden die Schienen aufgerissen um einen Militärzug, der Infanterie und Karabinier bringen sollte, aufzuhalten. Das auf dem Bahnhof gelegene Telephonat wurde durch Steinwürfe beschädigt.

In dem sehr extremen Eisenbahnerstreik hat, wie aus Rom gemeldet wird, die Vernunft gefehlt. Die Spontankräfte beantworteten die Aufforderung zum Streik mit der Erwiderung, wenn es sich um eine ernsthafte und gut vorbereitete Bewegung handle, deren Erfolg man garantieren könne, seien sie bereit, an ihr teilzunehmen. Indes seien sie nicht geneigt, eine Komödie mitzumachen und durch 24stündiges Feiern die Zustände zu verschärfen, die der Staat ihnen längst gemacht habe.

Der Eisenbahnbetrieb in fast ganz Italien ist normal,

nur zwischen Ancona und Bologna ist die Bahnstrecke bei Fabriano, Anola und Franca beschränkt und der Betrieb unterbrochen. Mittwoch vermittelte in Genua Automobile und Fuhrwerke, alle Läden waren geschlossen. Auch in Turin fand nicht alle Geschäfte geschlossen. In Neapel hat der Streik erst begonnen, aber die Straßenbahn verkehrt und die meisten Läden sind geöffnet. Ein Versuch, die Arbeiter in dem Eisenbahntunnel bei Gragnano zum Ausbruch zu veranlassen, wurde durch die Polizei vereitelt, die mehrere Verhaftungen vornahm.

Ein nachträgliches Opfer der Affäre Rebs. Ein sächsisches Blatt meldet, daß der Chef des Geheimbureaus im österreichischen Generalstab, Oberst von Urbaneski, deshalb vor kurzem in den Ruhestand getreten ist, weil ihm zur Zeit gelegt wird, daß er in der Angelegenheit des Obersten Rebs, die vor drei Jahren so ungeheures Aufsehen erregte, nicht mit der nötigen Discretion vorgegangen sei. Als die Affäre in der Delegation zur Sprache kam, wurde von oppositionellen Delegierten neben anderen umlaufenden Gerüchten besonders darauf hingewiesen, daß durch den Generalstab herbeigeleitete Tod Rebs, der sich durch einen Schuß aus einem ihm hingelegten Revolver selbst entlebte, die Unterjüngung der Angelegenheit außerordentlich ermöglicht wurde. Demgegenüber erklären sich unterrichtete militärische Kreise, daß dem Obersten von Urbaneski bei der Unterjüngung vor und nach dem Geschehen Rebs hätte amnestisch vorgelegt werden, daß er die im Nachhinein Rebs in Genua benutzten Firmrollen, die ein überaus wichtiges Material enthielten, nicht beschlagnahmt hätte, so daß sie später in der Verfertigung von einer Privatpartie erworben werden konnten.

Fransösischer Flottenbesuch in England. Zur Erinnerung des Besuchs, den ein englisches Geschwader jüngst den Häfen von Breizh und Cherbourg abblästete, begibt sich Freitag das zweite leichte Geschwader der französischen Kriegsmarine von Cherbourg nach Portland. Der Aufenthalt dort ist für acht Tage vorgesehen. Die Panzerkreuzer „Marsailiaise“ und „Miralube“ werden von 7 Torpedojägern und 8 Unterseebooten begleitet sein.

„Direktor Bartum“ zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt.

München, 10. Juni. Das Landgericht München verurteilte den unter dem Namen „Direktor Bartum“ bekannten Betrüger Friedrich Deiner, der zu Ende des Jahres 1913 Tausende von Berliner Arbeitlosen um ihre letzten Pfennige betrogen hatte, zu 5 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust. Ueber die Verhandlung ist folgendes zu berichten:

Auf Befragen seines Verteidigers Rechtsanwaltes Dr. Rudolf Wassermann erzählt der Angeklagte, daß er sich schon seit Jahren der Organisation der Arbeitslosen gewidmet habe. Er wollte, nachdem er im Frühjahr 1913 von einer schweren Krankheit genesen war, seine Zeit mehr unruhig verbringen lassen, um so mehr, als er täglich in dem Zeitungsausschnitt die Sozialdemokraten ihre Korlage über die Arbeitslosenversicherung im Reichstage durchdringen wollten. Um einigermaßen Mittel hierzu in die Hand zu bekommen, erlief er den Angeklagte, richtete ich ein Geschäft an König Ludwig III. von Bayern um eine Unterfertigung von 200 Mark, erhielt aber vom Hofmarschallamt einen abschenden Befehl. Daraus wird das Recht wohl ersehen, daß es mir ernst war mit meinem Vorhaben. Ich war selbstverständlich überzeugt und bin es noch heute, daß meine Organisation

ein soziales Werk für das deutsche Volk

sein würde. Deshalb konnte ich nicht anders, als Geld nehmen, wo sich mir Gelegenheit bot. Ich mußte Mittel haben und konnte nicht Rücksticht nehmen auf einzelne, wo es sich um ein soziales Werk für Hunderttausende handelte. Die Bewegung leitete ich von Rominten aus. Da man bei Behörden auf schriftliche Befehle gewöhnlich drei bis vier Wochen warten muß, schrieb ich in meinen Gedrucken um Genehmigung einer persönlichen Unterredung. An einzelne Behörden, wie das Ministerium der öffentlichen Arbeiten, die Reichsanstalt usw., daß die Angelegenheit sehr eile, da ich persönlich dem Kaiser darüber Vortrag halten müßte. Meine Voraussetzung war fast immer richtig, ich erhielt sofort telegraphisch die Genehmigung zur persönlichen Rücksprache. Nun mußte ich Geld entnehmen, um die Eisenbahnfahrt bezahlen zu können. Ich wollte nach Berlin, konnte aber den Reichsbanpräsidenten nicht mehr sprechen, weil ich einen Tag zu spät gekommen war. In Schneidemühl erhielt ich ein Telegramm des Ministers v. Breitenbach und des Oberpräsidenten von Ostpreußen nachgedacht. Da ich zu beiden zu gleicher Stunde wie zum Reichsbanpräsidenten eingeladen war, kam ich wieder zu spät. Ich telegraphierte nach Königsberg 4. Br. Als ich nach Rominten zurückkam, war das Geld wieder alle, ich mußte in Kreuz an der Ober halten. Ich entlehnte wieder Geld, fuhr nach Königsberg, traf aber den Oberpräsidenten nicht an. Von dort ging es wieder nach Rominten, und dann fuhr ich nach Schneidemühl. Dort kam ich mit 2 Mk. in der Tasche an. Von da fuhr ich nach Gersdorf. Als ich den Zug besteigen wollte, drängte sich ein Polibote zu mir heran und brachte wieder ein Telegramm vom Minister v. Breitenbach und vom Oberpräsidenten von Ostpreußen. Ich fuhr dann nach Kreuz und fand dort einen Brief des Ministers v. Breitenbach vor mit der Weisung, daß ich nach Königsberg fahren sollte. Später erhielt ich vom Reichsbanpräsidenten wieder ein Telegramm, das mich nach Berlin einlud. Ich wußte nicht mehr, wo mir der Kopf stand, und hatte kein Geld. Nun dachte ich mir, zu telegraphieren an den Reichsbankanzler, daß die Vorlage der Sozialisten im Reichstage zurückgezogen werde. Ich fuhr dann nach Berlin, ging dort in das Ministerium der öffentlichen Arbeiten, um den Transport der Leute nach Schneidemühl zu bewirken. Eine Betrugsschuld lag mir vollkommen fern.

Damit war die Vernehmung des Angeklagten beendet. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten an dem Schluß der Beweisaufnahme eine Strafe von 6 Jahren Zuchthaus, worauf das Gericht zu dem eingangs erwähnten Urteil kam.

Wegen der vom Angeklagten begangenen Arbeitslosen-schwindel kluhnt noch das Verfahren bei den Berliner Gerichten. Die Verteidiger des Angeklagten, Direktors Bartum, die Rechtsanwältin Dr. Alsbeg (Berlin) und Wassermann (München), hatten beantragt, daß das Münchener Gericht auch die Berliner Strafjahren mit den Münchener Fällen verbinde und zusammen verhandle. Das Münchener Gericht ist aber darauf nicht eingegangen.

Ab. Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

11. Sitzung, 10. Juni.

Vizepräsident Graf Schwerin-Sönitz eröffnet die Sitzung 12 Uhr 15 Min.

Die Befolgungsordnng. (3. Zweite Sitzung)

Die Kommission hat die Vorlage dahin geändert, daß das Gesetz am 1. April 1914 in Kraft tritt.

Generat hat die Kommission eine Entschließung angenommen, die die Regierung ersucht:

- 1. baldigst und zwar spätestens sobald im Reichstage der Entwurf einer Abänderung der Befolgungsordnung vorgelegt wird, dem Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die bei einzelnen Kategorien von Beamten seit der letzten Befolgungsänderung hervorgetretenen Mängel, Größen und Ungleichheiten beseitigt werden;
- 2. mit möglichster Beschleunigung einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den:
 - a) für Beamte mit hinterzähligen Familien den dadurch bedingten gelegentlichen Bedürfnissen ohne Abzug ihres sonstigen Dienstverdienstes Rechnung getragen wird;
 - b) die bezüglich des Wohnungsgeldzuschusses entstandenen Unzulänglichkeiten beseitigt werden;
 - c) alsbald beim Bundesrat dahin zu wirken, daß in Abänderung der bisher von ihm aufgestellten Grundsätze für die Entschädigung über Anträge wegen Einziehung der Orte in die Ortsstellen im Hinblick auf die noch den landständlichen Beamten erteilten Einzeilohnempfehle der von den Beamten jeder der einzelnen Klassen für eine ihren Verhältnissen angemessene Wohnung zu tragende Mietaufwand berücksichtigt wird.

Durch diese Resolution werden die Anträge für erledigt erklärt.

Stipendiaten ist ein neuer Antrag Kronprinz (Vp.) eingegangen, in Entschädigungen darüber einzutreten, ob und inwiefern eine geordnete Kranzenfürsorge für Beamte erforderlich und durchführbar ist.

Vg. Dr. Ruffe (Kauf):

Die Kommission hat bei der Geltung der Regierung für den Entwurf über die Entschädigung der Beamten, die durch die Erweiterung der Reichsliste zum Zustandekommen des Gesetzes geschädigt sind, und dazu wollen wir uns die anderen Bürgerlichen Parteien im Interesse der Beamten als nicht kommen lassen. Die Entschädigung ist uns recht schwer gefallen. Bereits in der ersten Sitzung sind eingehend die Mängel der Vorlage berührt worden, und sie haben auch in der Kommission nicht aus der Welt geschafft werden können. Nach allseitiger Auffassung hätte für die preussische Regierung ein Grund vorgelegen, das, was die Reichsregierung dem Reichstage zugestanden hat, dem preussischen Landtage zu bewilligen. Es bleibt die Tatsache bestehen, daß die Geltung der Regierung hier nicht einseitig und nicht konsequent gewesen ist. Es ist unser Wunsch, daß bezügliche Wünsche erfüllt werden. Wir müssen eine gleichzeitige Behandlung der preussischen Beamten mit den Reichsbeamten.

Der Wunsch, an hinterzählige Familien Zulagen zu gewähren, ist von meinen Freunden als berechtigt anerkannt. Wie diese zu normieren sind, ist aber noch zu wenig geklärt. Ich habe mich noch Bedenken bedarf, auch nur wünschen eine Beschäftigung der Vorstände über die Befreiung der Erbe und die Art der Berechnung ihrer Einziehung. Ich glaube, daß die Regierung sich der Budget der einstimmig gefassten Resolution nicht

mitzuzulassen können. Hinsichtlich des Antrages Kronprinz und Gen., betreffend Einziehung einer geordneten Kranzenfürsorge für Beamte, hat sich ergeben, daß die entsprechenden des Antrages nicht nach allen Richtungen hin abgeklärt sind. Der Antrag muß also zurückgezogen werden. Ich möchte, ich an die Budgetkommission zu verweisen. Am liebsten betone ich, daß die Fürsorge für die Beamten keine Parteisache sein soll, sondern eine Aufgabe und Sorge des gesamten Reichstages.

Vg. Dr. v. Sahnig (Zentr.):

Es gilt, jetzt für preussische Beamten nachzuholen, was die Beamten in Reichslisten im vorigen Jahre erhalten haben. Die Beamtenliste muß, wenn die Regierung auf einen anderen Standpunkt tritt, die Parteien müssen einmütig Beschlüsse fassen, um zu erreichen, daß ihrer Wünsche endlich Rechnung getragen wird, damit Parteien nicht immer hinter dem Rücken der Reichsliste. Der Unterredung hinterzähliger Beamtenfamilien können wir zu. Aber Beamtenfragen sollten sich die Parteien künftighin in friedlicher Weise einget.

Vg. Dr. Wagner-Breslau (Kreisl.):

Die Befolgung der Beamten muß in Lebensversicherung mit der Finanzlage gesehen, vor allem daß die Einkommenssteuer nicht dadurch zu sehr belastet werden. Daß die Unterbeamten jetzt aufgeschoben werden, aber allerdings notwendig. Wir würden, daß die Gehaltsaufhebung der höheren Unterbeamten nicht für die allgemeinen Gehaltsaufhebung im Jahre 1918 aufgeschoben wird, sondern spätestens im Jahre 1916 geregelt wird. Dem Antrag Kronprinz über die Kranzenfürsorge für Beamten werden wir zustimmen.

Vg. Stroedel (Soz.):

Wir werden für die Vorlage stimmen, allerdings haben wir sie für durchaus unzulänglich. Namentlich die Unterbeamten hätten mehr bekommen müssen. Die Resolution betrifft die Beamten nur auf dem Bereiche des Reiches. In Beamtenfragen geht immer der Reichstag vor. Wir würden, daß die Beamten jetzt ist, voran, und das Reichstagsparlament hinter. Das zeigt, welches Interesse die Beamten an einem preussischen Parlament haben.

Vg. Dr. Schröder-Cassel (Natl.):

Gewiß hätten auch wir etwas mehr für die Beamten tun können, aber die Geltung der Regierung machte es uns unmöglich. Wir verlangen eine baldige Revision der Befolgungsordnung. Bei solchen nicht nur die Beamten, sondern auch die untereinander, sondern einzelne untereinander sind überhaupt zu gering belohnt. Wir halten an dem Gedanken fest, daß hinterzählige Beamte besonders beachtet werden sollten. Wie dieser Gedanke durchgeführt werden soll, das muß bei erst noch zeigen. Wenn der Reichstag jetzt darüber das Gehalt geschmälert werden, sonst hätte die hinterzähligen Beamten ein Recht, sich zu beklagen. Wir halten ferner eine Neuverteilung des Wohnungsgeldzuschusses für nötig. Jetzt ist das Wohnungsgeld für die Unterbeamten durchaus ungenügend. Der Reichstag hat die hinterzähligen Beamten nicht berücksichtigt. Das zeigt, welche Punkte, die in unseren Anträgen enthalten waren. Namentlich muß das Unrecht, das mit der Deflationierung der Rente begangen ist, so bald wie möglich wieder gut gemacht werden.

Dem Grundgedanken des fortschrittlichen Antrages stehen wir sympathisch gegenüber, wir hätten ihn auch angenommen, werden aber jetzt, nachdem Kommissionsberatung beantragt ist, für diese stimmen. Die Sozialdemokraten werden jetzt der Vorlage zustimmen, in der Kommission stimmten sie dagegen. Am Reichstag werden die Sozialdemokraten den Standpunkt einnehmen. Was oder nicht! Es haben denn auch nicht bekommen, die Beamten aber auch nicht. Eine solche Politik verfolgen wir nicht, wir haben von Anfang an die Richtschnur befolgt, zu rechnen, was zu freigegeben war. Und damit haben wir erreicht, daß hunderttausend Beamten die höchsten Gehälter haben. Wir haben den übrigen bürgerlichen Parteien, daß sie und hierbei unterstützt haben. (Beifall.)

Vg. Veltus (Vp.):

Auch wir begrüßen es, daß die Vorlage hier aufgestellt kommt, nachdem sie im Reichstag genehmigt ist. Das Zentrum hat hier mit uns anderer Seite die Geltung des Reichstages im Reichstag, das dort die Vorlage zum Zentrum brachte, ist mit ganz unbestimmlich. Der Vg. Stroedel hat heute eine neue in Reichstag ins Unrecht gesetzt, seine ganze Rede war nur: Unterbeamten, um die Niederlage seiner Partei im Reichstag zu vermeiden, der Vorwurf des Vg. Stroedel, daß hier ein Reichstagsbeschluss um die Gunst der Beamten herbeiführt, trifft uns nicht. Wir haben uns an einem solchen Verhalten nicht beteiligt, wir sind nur für die Beamtenwünsche eingetreten, die wir für berechtigt hielten. Der Reichstag der Kommission werden auch nicht zustimmen. Unser Antrag hat entscheidende bei allen Parteien eine freundliche Aufnahme gefunden, wir hoffen, daß er in der Kommission angenommen wird und daß dann die Regierung in einer ausführlicheren Denkschrift die ganze Frage einer Betrachtung unterzieht. Auch der Verband preussischer Beamtenvereine hat sich kürzlich in Bamberg im Sinne unseres Antrages ausgesprochen, doch am natürlich nur angenehm sein kann. Langwierigkeiten Schwierigkeiten wird die Durchführung unserer Anträge nicht bezwegen, in Leipzig hat man bereits eine Kranzenfürsorge auf der Grundlage der freien Kräfte für Unterbeamte eingeführt. Die Vorlage der Regierung hat in nicht alle Wünsche, wir hoffen jedoch, daß die Regierung bald mit einer neuen Vorlage kommt, die namentlich das Anfangsgeld zu erhöht, daß die Unterbeamten damit auskommen können. Meine Partei wird jetzt eine Forderung für die gesamten hinterzähligen Beamten sein, wir möchten aber, daß die Beamten bei ihren Petitionen stützlich auch auf das Volkswohl Rücksicht nehmen. (Beifall links.)

Vg. Stroedel (Soz.):

Die Geltung seiner Partei im Reichstag zu rechtfertigen. Es hat sich da nur um 9 bis 10 Millionen gehandelt, und die hätten sich aufgebracht werden können. Die Nationalliberalen sind im Reichstag, trotz der feierlichen Erklärung Westermanns, umgegangen, wenn das Abgeordnetenhaus ebenso fest gebunden wäre wie der Reichstag, dann hätte die Regierung nachgegeben. Also seien Sie in Zukunft etwas energischer gegenüber der Regierung, nicht nur wenn es sich um agrarische Wünsche handelt.

Vg. Dr. Schröder-Cassel (Natl.):

meist die Angriffe des Vg. Stroedel gegen die nationalstrenge Partei zurück.

Hiermit schließt die Besprechung. Die Vorlage wird einstimmig angenommen, ebenso die Resolution der Kommission.

Der fortschrittliche Antrag wird der Budget-Kommission übergeben.

Es folgt die Beratung einer Anzahl Petitionen zur Befolgungsordnung. Die Kommission beantragt, sie der Regierung zur Erwägung zu überreichen.

Berichterfasser Schmiljan (Vp.):

gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Regierung diese Petitionen ernstlich prüfen werde.

Ein Regierungs-Kommissar

erklärt: Die Regierung nehme ihre Pflicht, die ihr zur Erwägung übermienen Petitionen zu prüfen, durchaus ernst. Wenn die Beamten aus in vielen Beziehungen unterteilt werden, dies hinsichtlich zu wissen, doch ein wertvolles Material, da die Regierung Wert darauf legt, die Stimmung der Beamtenenschaft zu kennen.

Die Petitionen werden hierauf ohne Aussprache der Regierung zur Erwägung übergeben.

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr: Dritte Beratung der Befolgungsordnung und Bibelkommisshilfen. Schluß 3 1/2 Uhr.

Halle und Umgebung.

Salz, 11. Juni.

Frequenz der Universität Halle.

An der Universität Halle sind im laufenden Halbjahr 2555 Studierende (gegen 2765 im Vorjahr), darunter 101 (83) weibliche eingeschrieben. Im einzelnen hören: Theologie 471, Juris 403, Medizin 412, Zahnheilkunde 22, Philosophie, Philologie und Geschichte 627, Kameralia 455, Mathematik und Naturwissenschaften 353, Pharmazie 22. Mit 114 Hörern (darunter 38 weibliche) beträgt die Gesamtbesuchszahl 2969.

XI. ordentlicher Verbandstag der Vich-Versicherungs-Vereine der Provinz Sachsen. (Schluß.)

Wie sich die Versicherungsvereinigen zu den Schäden zu stellen haben, die durch elektrische Kurzschlüsse hervorgerufen werden, über dieses Thema referierte Herr Spindius. Nach seinen Ausführungen können die Feuerversicherungen nicht fahrlässig gemacht werden, es müssen vielmehr die Versicherungsvereine den Schaden erleiden. Herr Gutschke W y d e m a n n s-Gargelich beleuchtete die Seite des Standpunktes der Versicherungsvereinigen, die ihren Mitgliedern mit elektrischer Leitung empfehlen, jährlich mindestens einmal ihre Leitung durch einen Sachverständigen revidieren zu lassen; dann ist es möglich, die Leberlandzentrale für den etwa eintretenden Schaden haftbar zu machen.

Herr Wehrer Schröder-Torgau empfahl den Feuerversicherungsvereinen, auch die Zöglerversicherung zu betreiben. Er legte an der Hand ausgiebigen Zahlenmaterials dar, daß diese Versicherung nützlich ist und hoffe, daß die Regierung die Zöglerversicherung bauend genehmigen werde, wie es probemäßig für dieses Jahr geschehen ist.

Herr Wehrer Schröder-Torgau warnte jedoch vor zu vorzeitiger Aufnahme der Zögler in die Haftpflicht der Vereinigen. Da man nicht sofort Schritte tun sollte, die bereits die Zöglerversicherung haben abwarten müsse. Wegen vorgerückter Zeit vertrat der Vorsitzende die beiden letzten Punkte der Tagesordnung: „Durch welche Maßnahmen lassen sich bei den Kinderversicherungsvereinen die Erfolge aus den zu entrichtenden Tieren erhöhen?“ (Referent: Herr Reichstagsabgeordneter W n h a d t s - G r o h a r g a l e) , und „Nadrtäglicher und Wünsche“, und schloß darauf die Versammlung.

Treu und Glauben im Handel mit Zuckerrübenjamen bei Befreiung in der Leistung durch höhere Gewalt.

Das Recht zur prozentualen Befreiung der Käufer bei Mißernten.

Recht interessante Ausprägungen enthält das rechtsgerichtliche Urteil im dem Prozeß der Aktiengesellschaft Zuckerrübenjamenfabrik W ü n s t e r b e r g in Schöningen gegen den Zuckerrübenjamenfabrik G. W e i ß e in Naumburg bei Naumburg. Und zwar kommt darin besonders zum Ausdruck, daß bei einer Befreiung in der Leistung infolge höherer Gewalt der erste Käufer der Ernte nicht aus dem Umfange, daß zur Zeit seines Abzuges

das von ihm gekaufte Quantum vorhanden ist, völlige Befreiung verlangen kann. Vielmehr hat er die Befreiungen der anderen Käufer zu respektieren und deshalb mit einer prozentualen Befreiung einverstanden zu sein. — Die Klägerin hatte von dem Beklagten Oekonomierat G. W e i ß e 1912 Juni 1909 „je 200 Zentner Zuckerrübenjamen G. W e i ß e s z u e r s t e r e i c h t e G e t t e für die Jahre 1910, 1911 und 1912 zum Preise von 20 Mk. pro 50 Kilogramm netto. Die Leistung im Februar der betreffenden Jahre“ gekauft. Im Februar 1912 hat die Klägerin von den fälligen 200 Zentnern nur 92 erhalten, da im Jahre 1911 wegen der außerordentlichen Trockenheit anstatt der durchschnittlich zu erwartenden 4908 Zentner nur 993,35 Zentner geerntet worden waren. W. hat die gesamte Ernte entprechend den Bestellungen von zusammen 2160 Zentner prozentual verteilt. Die Verteilung will die Klägerin nicht gelten lassen. Sie behauptet, daß zu der Zeit ihres Abzuges der Befragte noch 900 Zentner zur Verfügung gehabt habe und daß es ihm deshalb möglich gewesen wäre, die je zu befriedigen. Da sie sich anderweitig eindecken hat, verlangt sie im Klagewege die Entschädigung von 7005,70 Mk.

Das Landgericht Halle a. S. hat die Klage abgewiesen, das Oberlandesgericht Naumburg hat ihr entsprochen. Dagegen hat das Reichsgericht das Urteil des Oberlandesgerichts aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an einen anderen Senat des Oberlandesgerichts Naumburg zurückverwiesen. Aus den rechtsgerichtlichen Entscheidungen sind folgende Ausführungen von Bedeutung: Das Oberlandesgericht geht davon aus, daß der Beklagte die zur Deckung der Klägerin nötigen 200 Zentner Rübenjamen gewonnen hatte und meint, das Unvermögen des Beklagten, die 200 Zentner zu liefern, ohne gleichzeitig die übrigen Abnehmer ganz oder teilweise zu schädigen, bezieht die Klägerin nicht. Mit Recht wendet sich hiergegen die Revision. Sie bezeichnet es als falsch, daß der Berufungsrichter in einem Falle, wie dem vorliegenden, in welchem die Leistung aus einer bestimmten, nur in demgemäßen Maße vorhandenen Gattung zu erfolgen habe, eine Unmöglichkeit der Leistung erst dann annehmen wolle, wenn durch Aufstellung unter die einzelnen Käufer über die Gattung vollständig verfügt sei. Klägerin müßte sich sagen, daß sie alleinige Käuferin aus der Ernte 1911 nicht sein werde, daß neben ihr vielmehr weitere Abnehmer des Beklagten stehen würden, deren Rechte an sich nicht schlechter waren, als die eigenen, und mangels anderweitiger Abwendung nicht etwa darüber bestimmt werden konnten, wer zuerst gekauft hätte oder wer künftig von dem Rest an zuerst die Leistung fordern werde. Dem Verkäufer wurde auch nicht die Gefahr nicht aufgebürdet werden. Er konnte nicht mehr tun, als die gesamte Ernte der Gesamtheit seiner Käufer zur Verfügung zu stellen. Ging er darüber hinaus und gab er einem der Käufer mehr als seinen Anteil, so belastete er sich mit Ansprüchen der anderen, die von ihm fordern konnten, daß er bei der Verteilung nach Recht und Billigkeit verfuhr, also gleichmäßig. Eine solche Selbstbelastung mit Erbschaftsprinzip Gleichberechtigung konnte hier auch Klägerin vom Beklagten nicht fordern. Das Verlangen verliert gegen S 242 B.G.B. Beflagter brachte die Leistung nur lo zu bewirken, wie Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verhältnisse es erforderten. Stand der Befragte infolge der übrigen allgemein bekannten, großen und anhaltenden Dürre des Sommers 1911 den ver-

kauften 2160 Zentnern seines selbst zu gültigsten Rübenjamen mit einer tatsächlichen Ernte von nur 993 Zentner gegenüber, lo machte Streit darüber entstehen, wie er aus ihr entstehen ist, ob Beflagter das Seine getan hatte, dieses Mißverhältnis zu vermeiden; unterteilt man aber was nach dem Urinben des Beklagten unterteilt worden muß, das ausschlaggebend höhere Bewalt jense Ergebnis herbeizuführen hat, lo entspricht es Treu und Glauben nicht, daß der Beflagte dem einen Käufer auf Kosten der anderen mehr leisten soll, als dem Verhältnis der ihm verkauften Menge zu dem gesamten Ernte entsprechen würde. Umgekehrt forderte dann Klägerin etwas, was dem gefunden Rechtsempfinden widerspricht. Die prozentuale Verteilung, zu der Beflagter gegriffen hat, war also an und für sich das Richtige. Zu ihr allein war er angehördt der Mißerte nach S 242 B.G.B. verpflichtet. Er brauchte nicht weiter zu leisten, wenn er durch das Mehr den Käufer der anderen Käufer schmalerte. (11. 625/13. — 3. 2. 14.)

Ferien-Kolonie. Seit einigen Jahren werden von dem hiesigen Christlichen Verein junger Männer Ferienfahrten für Schüler veranstaltet, die mit ihrer eigenartigen Romantik, dem Schlafen auf Strohhäuden, den Turn- und Sportspielen für jeden deutschen Jungen eine wunderwörtliche Unternehmung des Schullebens bilden, die immer größer werdende Anzahl Schüler daran teilgenommen hat. Etwas, die nicht in der Lage sind, mit ihren Kindern zu verreisen, haben diese, unter der Leitung erfahrener Freunde lebenden Ferienfahrten mit Freude begrüßt. Auch in diesem Jahre soll in der zweiten Hälfte des Juli eine solche auf 11 Tage berechnete Ferien-Kolonie stattfinden, an der Knaben im Alter von 11 bis 16 Jahren aus allen Mittelkreisen teilnehmen werden. Die Wäldung von Volls-, Mittels- und höheren Schülern bildet ein kräftiges sozial wirkendes Element und hat sich bisher zu bewährt. Das Ferienheim in Bad Schmiedberg enthält einen großen Schloßraum, der über 100 Gästen Platz bietet, einen ebenso geräumigen Spielplatz und eine Küche. Ein stattlicher Garten und eine idyllische, große Wiese sind vor dem Hause, eine Badeanstalt in der Nähe. Seit 1906 haben in diesem Ferienheim 445 Knaben diese schön-erholungsreiche — im letzten Jahre 90 — Ferien-Kolonie mit Freude und Eifer besucht. Jeder beitragen möchte, daß möglichst viele diese geliebte Ferienfreude genießen, ist gebeten, mit Gaben an Geld oder Nahrungsmittele, die G e i f f e r a e 29 abzugeben sind, dieses schöne Werk zu fördern. Dort sind auch Prospekt, die über alles Auskunft geben, zu haben.

Der fremdsprachliche Kindergarten an St. Ulrich unternimmt seinen Sommerausflug nach Georgs Garten in der Heide am Sonntag, den 13. dieses Monats.

Provincial-Nachrichten.

Werbien, 10. Juni. (Beitrag des bairischen Kronprinzen.) Am Dienstag nachmittag stattete Kronprinz Rupprecht von Bayern unerwartet unserer Stadt einen Besuch ab und befristete eingehend die Sechensundzigsteuereisen, vor allem den Dom, Schloß und Schloßgarten. Er kam von Naumburg und fuhr kurz nach 5 Uhr nach Jüterbog weiter. In der Begleitung des Kronprinzen be-

